OFFENE LINKE ANSBACH
Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat, Würzburger Landstraße 18, 91522 Ansbach,
www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 21.12.2010

Neue Arbeitsmarktdaten der Bundesregierung: Jeder Vierte an der Rezat arbeitet zu Niedriglohn

Niedriglohnsektor wird in Ansbach mit 350.000 Euro im Monat subventioniert – Kosten steigen

Offene Linke: „Gerade Ansbach würde von Mindestlöhnen profitieren" - Bundesweite Kampagne

Im Zuge einer Information der ARGE Ansbach wurde im Ausschuss für Soziales im November auf Antrag der Offenen Linken bekannt, dass Leiharbeit und Niedriglohnsektor in der Rezatstadt überproportional vertreten sind; in der Stadt wächst die Zahl derer, die „arm trotz Arbeit" sind, stetig an. Jetzt hat die Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag umfassende Daten zu den Folgekosten der Billiglöhne veröffentlicht. In Ansbach wird demnach der Niedriglohnsektor mit 350.000 Euro monatlich „subventioniert". Zudem erhält jeder vierte Arbeitnehmer in der Stadt Einkommen unter der Niedriglohnschwelle.

Die Kommunen müssen die Hauptlast der Ausweitung des Niedriglohnbereichs in Deutschland tragen. Das belegen die am 16.12.10 veröffentlichten Daten der Bundesregierung zur Entwicklung des Arbeitsmarktes. Der Rückgang der Reallöhne um 4,5 Prozent innerhalb des letzten Jahrzehnts bedeutet auch eine erhebliche Belastung für das Stadtsäckel: In Ansbach arbeiten derzeit 3.984 ArbeitnehmerInnen bzw. 24,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter der Niedriglohnschwelle (Bundesschnitt: 22,3%). Viele der betroffenen Menschen können folglich trotz Vollzeitjob ihre Familie nicht mehr ernähren und sind auf Aufstockung ihres Lohnes angewiesen, die die Kommune zu immer größeren Teilen zu tragen hat. So musste der Steuerzahler in Ansbach laut Bundesregierung (BT-Drucksache 17/3654) im Juni 2010 350.060,- Euro an Leistungen für Aufstockungen zum Einkommen von 555 Bedarfsgemeinschaften (BG, 2009: 488; +13,7%) erbringen, 47.000,- Euro oder 15,5 Prozent mehr als im Juni 09 (dreimonatige Durchschnittswerte).

„Der Jubel über sinkende Arbeitslosenzahlen in Ansbach war verfrüht. Jetzt zeigt sich, dass vor allem die Billiglohnbranche boomt. Das kommt nicht nur den Betroffenen, sondern der gesamten Gesellschaft teuer zu stehen", kommentierte die Offene Linke die Daten. Mit der Subventionierung des Niedriglohnsektors via Steuergelder - in Ansbach über vier Millionen Euro im Jahr - müsse Schluss sein: „Ohne politischen Kurswechsel geht der Aufschwung an vielen Menschen vorbei."

Vielmehr müsse Sorge für mehr gute Beschäftigung und gute Löhne getragen werden. Hier seien auch die Kommunen in der Pflicht: „Um der Lohnspirale nach unten Einhalt zu gebieten muss der flächendeckende Mindestlohn eingeführt werden. Davon würde gerade Ansbach als Hochburg der Leiharbeit profitieren und die Kommunalfinanzen spürbar entlastet", betonte die Offene Linke, die die Stadt aufforderte, „Zeichen zu setzen" für den Mindestlohn, auch mit Blick auf den 01.05.2011:

An diesem Tag tritt die vollständige EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft. Damit wird es künftig allen Einwohnern der EU möglich, ohne Beschränkungen in Deutschland zu arbeiten. Die Partei Die Linke will mit einer bundesweiten Kampagne für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn verhindern, dass es dadurch zu weiterem Lohndumping auf dem Rücken der Beschäftigten kommt.

In Ansbach sollen 2011 in diesem Rahmen Aktionen mit Bündnispartnern, etwa aus den Gewerkschaften, stattfinden, kündigte die Offene Linke an und erklärte abschließend: „Mit dem Mindestlohn muss wie in 20 anderen europäischen Ländern auch in Deutschland eine untere Haltelinie für die Löhne eingeführt werden, zum Schutz aller hier arbeitenden Menschen und im Interesse der europäischen Solidarität.“

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat